

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

MIENSCHLICHKEITS-WEIHNACHT

TH. LAMPE

Wie so hell die Kerzen brennen,
Wie das Herz in Freude lacht!
Auch der Arme muß bekennen:
Schön ist doch die Weihenacht!

Brudersinn wohnt bei dem Armen,
Der ein mühsam Leben lebt,
Den sein göttliches Erbarmen
Zu der Menschheit Höhen hebt.

Das sind Jünger, das sind Söhne
Einer höh'eren Menschlichkeit,
Und ein schöner Sieg einst kröne
Stolz ihr Werk der Ewigkeit!

Schön ist jene hohe Lehre
Von dem Gottesmenschentum.
Aber, Priester, ich entbehre
Dein gepries'nes Christentum.

Der dem Lichte strebt entgegen,
Der nicht furchtsam zögernd wagt,
Der ein welterlösend Regen
Tief in seinem Busen trägt.

Menschenöhne, Menschenbrüder,
Haltet treu im Kampfe Wacht,
Singet dann die hohen Lieder
Wahrer Menschheits-Weihenacht!

Gewerkschaftliche Offensive gegen die Wirtschaftsnot.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in einer am 8. Dezember in Berlin abgehaltenen Konferenz mit den katastrophalen Wirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Nach gründlicher Aussprache wurden die Forderungen zur Überwindung der Krise und zur Erleichterung des Schicksals der in den Folgeerscheinungen betroffenen Arbeitnehmer in gütlicher Einigung aufgestellt, die einstimmig angenommen wurde:

Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits über eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionskreis ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Vereinigung der Wirtschaft von allen wirtschaftlichen Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmen hat die Vereinigung der Wirtschaft nur im Ab- und Sozialpolitisch, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmerrenten, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelszinsen und Zwischengewinne sowie die unerträglich hohen Zinsen. Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgebrochen wurde, unterblieb auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise. Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Absatz- und damit auch zu einer Produktionskrise führen.

Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unheilbar zur Verschärfung und Verlängerung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Steigerung der Kaufkraft der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis. Nichtsdestoweniger mehren sich die Meldungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesausschuß gegen diese Ver- suche schärfste Verwarnung ein und fordert bei dem ge- rechtigten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Öffentlichkeit und der Behörden.

Der Bundesausschuß verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Versäumnissen der inneren

Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Bollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginns wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern.

Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichstagsausschuß beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kann den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise genügen. Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch Kurzarbeitern eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Weg von Unterstützung vielfach einschränkende Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern beziehungsweise zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandsarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Notstandsarbeiten, Vergebung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Um eine klare Rechtsgrundlage der künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unerlässlich.

Im weiteren Verlauf wurde der Bericht über die bisherigen Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des ADGB zum Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes entgegenommen. Der Staffelung der Beiträge und der Unterstützungen wurde zugestimmt, aber gefordert, daß die Mindestunterstützungssätze erhöht und auch höhere Lohnneinkommen, etwa bis zu 60 M wöchentlich, berücksichtigt werden. Es wird die Einbeziehung der Kurzarbeiterunterstützung verlangt. Der Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistung muß restlos durchgeführt, hinsichtlich des Personenkreises, der Pflichtarbeit und der Streiklausel muß der Entwurf grundlegend umgestaltet und auf einheitlichen Beitrag aufgebaut werden. Der Verwaltungsaufbau muß den Trägern der Beiträge entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung und die Geschäftsführung sichern. Arbeitslosenversicherung und der öffentliche Arbeitsnachweis sind organisch zu verbinden und dem entscheidenden Einfluß der Wirtschaft zu unterstellen.

Die Verhandlungen für einen neuen Reichstarifvertrag im Malergewerbe.

Die plötzliche Kündigung des bereits annähernd vier Jahre unverändert gebliebenen Reichstarifvertrages durch den Reichsbund unserer Arbeitgeber mußte, noch dazu unter Beachtung verschiedener Begleiterscheinungen, in unsern Kollegenkreisen die Befürchtung auslösen, als sollte bei den kommenden Verhandlungen die ungünstigste Jahreszeit gegen die Gehilfenschaft einseitig ausgenutzt werden. Die nunmehr am 3. und 4. Dezember stattgefundenen Auseinandersetzungen der beiden Vertragsparteien haben jedoch dafür keinen besondern Beweis geliefert; denn sie verliefen trotz gelegentlich zum Ausdruck kommender Schärfen doch im allgemeinen durchaus sachlich; sie waren aber überaus gründlich, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß an jedem Tage ungefähr 10 Stunden hintereinander verhandelt wurde. — Die Zahl der anwesenden Vertreter, insbesondere auf der Seite der Arbeitgeber, war von vornherein größer als sonst, so daß dieser Verhandlungskörper nur imstande sein konnte, ganz allgemeine Beratungen zu pflegen, im übrigen aber mußte es einer aus je 4 Vertretern bestehenden Kommission überlassen bleiben, die eigentlichen Spezialverhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Nach einer kurzen Generalaussprache über die von unserm Verbandsvorstand noch am Tage vor den Verhandlungen eingereichten Ergänzungen unserer zuerst gestellten und in Nr. 45 des „Maler“ mitgeteilten Anträge und über allgemeine Fragen der Verhandlungstaktik wurde zunächst in die Behandlung der Frage über die Arbeitszeit eingetreten. Dazu erklärten die Arbeitgeber unter anderem, daß sie den Achtstundentag grundsätzlich nicht anfechten wollten, der Saisoncharakter des Malergewerbes erfordere aber einen Ausgleich für die durch Kurzarbeit im Winter verlorengehenden Stunden durch Mehrarbeit im Sommer. Die Preislenkungsaktion der Regierung erfordere ferner eine Verbilligung der Erzeugung durch rationellere Ausnutzung der Arbeitszeit. Die Industrie habe in zahlreichen Produktionszweigen sogar eine Ueber- schreitung des Achtstundentages durchgeführt, und so müsse denn vor allem auch auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre im Malergewerbe der nunmehr abzuschließende Tarifvertrag diesen Verhältnissen Rechnung tragen.

Demgegenüber brachte die Gehilfenvertretung zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit und deren praktische Anwendung zu Schwierigkeiten nicht geführt habe. Dagegen sei seit den Verhandlungen im Vorjahre der Kampf gegen den Achtstundentag auch in der Industrie sehr viel schwächer geworden; in vielen Fällen wäre bereits auch dort der Achtstundentag wieder hergestellt. Der allgemeine Zug der Entwicklung führe nicht zu einer Verlängerung, sondern zu einer fortschreitenden Verkürzung der Arbeitszeit. Die steigende Arbeitslosigkeit, mit der leider nach Lage der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse noch lange gerechnet werden müsse, insbesondere auch die Verdrängung menschlicher Arbeitskräfte durch die Technik, führe ganz zwangsläufig zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen. Die Frage sei für die Arbeitgeber wesentlich eine Geldfrage, doch könnten die geringen Zuschläge für Ueberstunden keinen nennenswerten Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben. Eine ungünstigere Regelung der Arbeitszeit

würde das Zustandekommen eines neuen Reichstarifvertrages in Frage stellen.

Da eine Einigung der Parteien über die Frage der Arbeitszeit (§ 1 des Reichstarifvertrages) auch in der Kommissionsverhandlung nicht zustande kam, wurde die Angelegenheit bis zu einer späteren, neuen Beratung zurückgestellt.

Zu § 2 verteidigten die Arbeitgeber ihren Antrag, nach dem der Tariflohn nur bei voller Leistungsfähigkeit gezahlt werden, andernfalls der freien Vereinbarung unterliegen solle, während von unserer Seite die Unmöglichkeit einer genügenden Leistungskontrolle betont und hervorgehoben wurde, daß im Falle der Annahme des Antrages jede tarifliche Grundlage für die Löhne beseitigt, und damit der Tarifvertrag als Lohngrundlage vollständig hinfällig sei.

Nach längeren Auseinandersetzungen wurden die Anträge beider Parteien zu den Ziffern 1, 3, 9 und 12 zurückgezogen, so daß es bei der jetzigen Art der Lohnregelung und den bisherigen Befugnissen der Ortsstarifämter im allgemeinen bleibt.

Zu § 8 waren von uns Anträge gestellt, nach denen bei der Erstattung des notwendigen Mehraufwandes auch bei Arbeiten innerhalb des Tarifortes, ferner bei der Festsetzung der Entlohnung, über die hinaus die Wegedauer beziehungsweise das Fahrgehalt zu gewähren ist, den Ortsstarifämtern ein größerer Spielraum einzuräumen sei.

verwiesen demgegenüber auf den bestehenden Zustand, der den tatsächlichen Mehraufwand auch bei Arbeiten ohne Nebenarbeiten außerhalb des Tarifortes festlegte, und der bei Schaffung des Reichstarifvertrages in bestimmter Weise garantiert worden sei, und ferner auf die Schwierigkeiten, bestimmte Grenzen für die Bemessung der Laufzeiten und Fahrgehälter ganz generell ohne Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse festzulegen.

Nach langwierigen Verhandlungen über diese sehr komplizierte Materie wurde vereinbart, daß es bei dem bisherigen Zustand verbleiben solle. Dagegen soll bei Arbeiten mit wesentlichen Arbeiterschwerungen für bestimmte Fälle der bisherige Zuschlag von 5 % auf 10 % erhöht werden.

Zu § 5 wurde auf einen von uns nachträglich noch gestellten Antrag hin der Ziffer 1 eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut angefügt: „Bei der Lohnzahlung ist dem Gehilfen eine Abrechnung vorzulegen, aus der die Abzüge ersichtlich sind.“

Zu § 7 Ziffer 3 stimmten die Parteien darin überein, daß die Mitglieder der Ortsstarifämter oder deren Beauftragte mit besonderen Ausweisen zu versehen sind, ohne daß dies, weil selbstverständlich, im Reichstarifvertrag besonders zum Ausdruck zu kommen braucht.

Ueber die Ferien (§ 8) entstand natürlich eine ausgedehnte Aussprache. Die Arbeitgeber erklärten, daß der Antrag auf Abschaffung der Ferien von der großen Mehrheit ihrer Mitglieder gestellt worden sei.

Demgegenüber wurde von unserer Seite eingewendet, daß die bisherige Ferienregelung nur als ein Anfang anzusehen sei. Ferien beständen in der Industrie und in anderen Gewerben in noch ausgedehnterem Maße.

Zur Frage des Lehrlingswesens (§ 9) erklärten die Arbeitgeber, daß der Reichstarifvertrag vom Arbeitsminister nicht für allgemeinerbindlich erklärt würde, wenn er in das Lehrverhältnis Eingriffe vornehme, wie sie von uns beantragt seien.

Im § 10 (Arbeitsvermittlung) soll nach Einschaltung der Worte: „und deren örtlichen Verwaltungen“ der ganze Absatz lauten: „Es ist Aufgabe der vertragschließenden

Verbände und deren örtlichen Verwaltungen, bei der Gestaltung und Durchführung der reichs- und landeslichen Bestimmungen über den Arbeitsnachweis zuwirken.“ Dies entspricht ungefähr der von uns gegebenen Anregung.

Zu § 13 stimmten die Parteien darin überein, beim Abschluß eines neuen Tarifvertrages und bei Festsetzungen grundsätzlich 8, mindestens aber 2 Unparteiische herangezogen werden sollen.

Zu § 14 erweiterten die Arbeitgeber ihren Antrag, Sinterlegung eines Garantiefonds dahin, daß sie bereit erklärten, die gleiche Summe einzuzahlen, wozu sich wurde der Antrag auch nach dieser Modifizierung unserer Seite mit dem Hinweis auf seine Ueberflüssigkeit und rechtliche und praktische Undurchführbarkeit bezog und da eine Einigung nicht möglich war, zurückgestellt.

So in ganz kurzen Umrissen der allgemeine Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen. Wie wir bereits in unserm kurzen Vorbericht im letzten „Maler“ bemerkt werden die Parteien über die verschiedenen Differenzpunkte in der Zeit vom 11. bis zum 16. Januar zu neuen Beratungen zusammentreten.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes

In Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen werden die unmittelbar produzierenden Berufe stets zuerst und am nachhaltigsten von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen. Die gegenwärtige Krise, die durch die Preisentwertungskampagne im Verschwinden begriffenen Regierung keine Milderung, durch deren Zoll- und Steuerpolitik aber eine gehobene Verschärfung erfuhr, drückt in bisher ungekannter Weise auf den Arbeitsmarkt in Industrie und Gewerbe.

Table with 5 columns: Monat, 1924, 1925, Mitgliederzahl in den Filialen am Schlusse des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Schlusse des Monats, und ein weiterer Spalte mit Zahlen. Rows include months from January to December.

Volle Beschäftigung meldeten nur 7 Filialen; da aber insgesamt nur 886 Mitglieder zählen, ist das Ergebnis ohne Einfluß auf den sonst allgemein schlechten Beschäftigungsstand.

Die Deutsche Automobilausstellung 1925.

Die zunehmende Bedeutung des Automobilwesens für unsere moderne Wirtschaft mit ihrem riesigen, sich ständig weiternden Verkehr, fand überzeugenden Ausdruck in dem Umfang, mehr aber noch in dem Inhalt der diesjährigen Automobilausstellung in Berlin, die im Vergleich zu der Ausstellung des Vorjahres nicht nur einen starken Fortschritt erkennen läßt, sondern auch den Kraftwagen viel mehr als Nutzkraftwagen, das heißt als Verkehrs- und Transportmittel in den Vordergrund stellt.

artigen Nieder-Chassis Beachtung. Diese neuen Wagentypen sind durchaus vorbildlich und versprechen infolge ihrer wohlüberdachten Konstruktion höchste Wirtschaftlichkeit. Fast alle bedeutenden Firmen haben sich der Fabrikation von Lastkraftwagen zugewandt, deren Erleerung automatisch durch Klappen nach den Seiten oder nach hinten in wenigen Minuten erfolgen kann.

Auch in der Motorradindustrie ist man bemüht, den Erzeugnissen neben der Wahrung des sportlichen Charakters, auch einen bestimmten wirtschaftlichen Zweck zuzuwenden. Das Motorrad erschien daher auf der Ausstellung als Zwei- oder Dreirad, mit und ohne Beiwagen oder Anhänger für Personen und Güterbeförderung, und ist auf dem besten Wege, dem Kleinauto wirksame Konkurrenz zu machen.

Das Bild der Abteilung für Personenautomobile unterscheidet sich nicht viel von der vorjährigen Ausstellung. Der geschlossene Wagen ist dominierend, daneben ist man in der Verbesserung der Kleinautos, besonders der Zweiflügel, nicht untätig gewesen. Um der ausländischen Konkurrenz wirksam begegnen zu können, mußte man einen Wagentyp schaffen, der nicht zu teuer, den Auslandsfabrikaten aber technisch zumindest gleichwertig sein mußte.

Spandau, die schon im Vorjahre einen Vierflügel für 4800 auf den Markt brachten, in diesem Jahre nicht vertreten. Deutsche Serienwagen der Opel-Brennabor- oder Wandwerke kosteten immer noch zwischen 6000 bis 8000 und stehen damit noch bedeutend über den Preisen im Auslandes.

Bei den Personenwagen ist die dunkle Lackierung herrschend, nur vereinzelt findet man hellere Töne. Mode der schreienden Farben scheint überwunden. Begrüßen aber ist, daß die seit langen Jahren verlässige Verzierung der Karosserien mit feinen oder groben Linien unter dem Einfluß amerikanischen Beispiels bei uns wieder mehr gepflegt wird.

Reiche Farbenfreudigkeit zeigte die Halle der Kraftwagen und Omnibusse. Unter den ersteren verfuhr besonders die Geschäftswagen ihren bestimmten Zweck

mat noch 1878, so wurden im Berichtsmonat 8893 Arbeiter gemeldet, das sind nochmals 9,4% der Berichtserfassen, die mit den Arbeitslosen zusammen...

Die Zahl der berichtenden Filialen hat sich etwas erhöht. Da in jedem Monat eine Anzahl von Berichtskarten immer um einige Tage zu spät eingehen und keine Anwendung mehr finden können, ist es notwendig, den Bericht, 26. Dezember, genau innezuhalten. Die Karte ist spätestens am 4. Januar an den Hauptvorstand abzugeben.

Konjunkturbericht vom November.

Im Monat Oktober hatten die Arbeitsmöglichkeiten nicht mit derselben Schnelligkeit abgenommen wie es übersehend im September der Fall gewesen war. Wir haben daran die Erwartung knüpfen zu können, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sich auch weiterhin normal vollziehen würde. Das Ergebnis für November aber zeigt ein anderes Bild. Die bestehende Krise und die längere Frostperiode haben dazu geführt, daß eine ganze Anzahl von Arbeiten eingestellt wurden und unsere Kollegen zur Entlassung kamen. Schon die Zahl von 4005 Beschäftigten, die von 184 Betrieben aus 41 Filialen für den November gemeldet wurden, zeigt eine Abnahme der in dem einzelnen Betrieb Beschäftigten um 2,8 und sank somit auf 29,0 Beschäftigte pro Betrieb. Während nun die Zahl der Arbeiter auf Beschäftigten mit 8,4 die gleiche blieb, die Zahl der gut Beschäftigten um 12,8 % gesunken. Im Vormonat noch 42 Betriebe mit 1595 Beschäftigten umfassend, zählt diese Kategorie jetzt nur noch 21 Betriebe mit 890 Beschäftigten oder 23,2 vom Hundert. Selbst die Zahl der befriedigend beschäftigten Betriebe, die im Oktober noch eine Steigerung um 7 erfahren hatte, ist im November um 11 Betriebe zurückgegangen und auch in der Zahl der Beschäftigten ist eine starke Abnahme zu verzeichnen. Von 2194 Beschäftigten (40 %) im Oktober, ist im November ein Rückgang auf 1490, das sind nur noch 67,9 % der vom Bericht Erfassen, eingetreten und nur die Gruppe der schlecht Beschäftigten hat eine sehr starke Zunahme erfahren. Wohl war auch schon im Vormonat die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe um 8 gestiegen, die Zahl der Beschäftigten dagegen nur um 1 %; sie sieht somit in gar keinem Verhältnis zu der Entwicklung im Oktober, die eine Zunahme der Betriebe um 19 auf 41 brachte und die Zahl der schlecht Beschäftigten von 410 auf 1901 steigen ließ. Diese Steigerung der schlecht Beschäftigten von 9 % auf 32,5 % ist im Laufe der letzten Jahre ohne Beispiel und zeigt uns, daß unsere Bemühungen, dem Verfall den Charakter eines Saisonerwerbes zu nehmen, bisher noch keinen vollen Erfolg hatten. Daß unsere Kollegen zum Teil durch Uebermühschüfterei das ihrige zu solchen Zuständen beitragen, will aber auch nicht verschwiegen werden.

Der Prozentsatz der Einstellungen und Entlassungen hat nur geringe Veränderungen erfahren. Letztere fielen um 1,5 %, letztere stiegen um 3,3 %; sie zeigen damit eine Ruhe auf dem Arbeitsmarkt, die vielleicht vermuten läßt, daß der tiefste Stand erreicht sei.

Seit Monaten zeigt die Zahl der gemeldeten Lehrlinge steigende Tendenz. Von 11 auf 12,1 % gestiegen und 485 Lehrlinge in 117 Betrieben umfassend, kommen auf den Betrieb 3,8 Lehrlinge oder auf je 8,3 erwachsene

Arbeiter 1 Lehrling. Im Vormonat zählten wir 8,5 Lehrlinge auf den Betrieb oder auf 9 Beschäftigte 1 Lehrling. Die wöchentliche Arbeitszeit, die in den Wintermonaten tariflich herabgesetzt ist und meist 42 Stunden beträgt, wird von 46 Betrieben mit 1816 Beschäftigten innegehalten, 29 Betriebe mit 817 Beschäftigten melden 42 1/2 bis 47 1/2 stündige Arbeitswochen und 86 Betriebe mit 1173 Beschäftigten haben die 48 stündige Arbeitszeit noch beibehalten. Weniger aber als die normale Arbeitszeit melden 28 Betriebe mit 669 Beschäftigten, von denen wieder 12 Betriebe mit 195 Beschäftigten weniger als 40 Stunden arbeiten. Vorübergehende Ueberstunden wurden nur in 2 Betrieben mit 118 Beschäftigten geleistet in einer Filiale, in der die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch als gut genannt wurde.

Aus unserm Beruf.

Dresden. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Jerschmann über den Verlauf der bisherigen Tarifverhandlungen. Nachdem die Kündigung des Reichstarifvertrages durch die Arbeitgeber ausgesprochen war, machte sich sofort bei einer Reihe von Arbeitgebern in verschiedenen Orten des Filialgebietes das Bestreben bemerkbar, die Löhne zu drücken, die Ueberstundenzuschläge zu verweigern und die Arbeitszeit zu verlängern. In Dresden verlangte eine Firma von unsern Kollegen, daß sie sich unterschriftlich verpflichten sollten, um 42 1/2 pro Stunde billiger zu arbeiten. Damit sei am klarsten die Gefahr einer tariflosen Zeit während der ungünstigen Konjunktur für uns erwiesen und als Erfolg zu buchen, daß es gelang, das Weiterbestehen der bisherigen Löhne und des Vertrages für die Kollegen zu sichern. Nach eingehender Darstellung des Verlaufes der neuen Tarifverhandlungen vom 2. bis 6. Dezember wurde die nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Die am 8. Dezember verammelten Dresdner Kollegen erkennen den Widerstand der Arbeitgeber in der Frage der Arbeitszeit, der tariflichen Entschädigungen, der Regelung des Lehrlingswesens und der Ferien. Sie erwarten, daß bei den weiteren Beratungen keine Zugeständnisse bezüglich der Arbeitszeit gemacht werden, eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung gemäß den Beschlüssen des Dresdner Verbandstages durchgeführt und eine Verbesserung der bisherigen notdürftigen Bestimmungen der Ferien auf Grundlage unserer Forderungen erfolgt. Sie verlangen aber auch von allen Kollegen eifrigste Förderung bei der weiteren Stärkung der Organisation und lehnen eine Verschlechterung der bisherigen tariflichen Bestimmungen ab. Kampfmaßnahmen der Arbeitgeber können von unserer wieder gefestigten Organisation abgewehrt werden. Falls die Leitung unserer Organisation zum Kampf gegen Verschlechterungen aufruft, werden die Dresdner Kollegen alles tun, um das gesteckte Ziel erreichen zu helfen.“

Auf die Wichtigkeit von Betriebsvertretungen für jede Werkstatt und die notwendige Verbindung mit der Organisation wurde am Schlusse dieses Tagesordnungspunktes besonders hingewiesen. Sodann wurde über unsere Bemühungen, wirksame Hilfe für die arbeitslosen Kollegen zu leisten, berichtet. Hier sei bei der Fachabteilung des Arbeitsnachweises eingegriffen und erzielt worden, daß gemäß unserm Vertrag jede offene Stelle gemeldet und in erster Linie Arbeitskräfte vom Nachweis bezogen werden müssen. Nicht gelungen sei die Durchführung des Besetzungszwanges, weil hier gesetzliche Hindernisse bestehen. Streng sei durchgegriffen worden bei der Innehaltung der tariflichen Winterarbeitszeit und es sei erreicht, daß eine Anzahl Kollegen wieder vermittelt werden konnte. Die Bemühungen um Arbeitsbeschaffung seien noch nicht abgeschlossen, jedoch ist schon jetzt von Erfolgen zu berichten. Einem Kollegen, der befürwortete, daß die politischen Parteien zum Arbeitslosenproblem Stellung nehmen und nur durch die Einheitsfront den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnet werden könne, wurde erwidert, daß besondere Erwerbslosenräte abzu-

lehnen seien. Die Gewerkschaften sind die zuständige Vertretung für die Arbeitslosen, und wir haben gar keine Ursache, Leuten, die bis heute noch nicht den Organisationsgedanken begriffen haben und sich ständig als Schädlinge der Arbeiterbewegung erweisen, in Zeiten der Arbeitslosigkeit zu helfen. Wer organisiert ist, findet bei uns seine wirksamste Vertretung. Außerdem wurde betont, daß, wenn von bestimmter Seite, von der immer nach der Einheitsfront gerufen werde, der eheliche Wille zur Verständigung gezeigt worden wäre und dort nicht politische Gesinnungen im Vordergrund gestanden hätten, die Einheit längst hergestellt wäre.

Hamelns a. d. W. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich recht eingehend mit der Situation in unserm Gewerbe, die durch die Kündigung des Tarifvertrages durch den Arbeitgeberverband geschaffen ist. Der Vorsitzende konnte hierzu bekanntgeben, daß nach den Informationen der Bezirksleitung der bisherige Tarifvertrag bis zum Abschluß der schwebenden Verhandlungen unverändert weitergelfte. Die Diskussion zeigte, daß dieser Vertrag in vielen Punkten reformbedürftig ist, wenn wirklich ein gleiches Recht hergestellt werden soll, und stellen die von unserm Verbandsvorstand eingereichten Änderungsanträge das mindeste dar, was unsererseits gefordert werden muß. Dagegen wurden die provozierenden Anträge der Arbeitgeber mit Entrüstung zurückgewiesen, deren Verwirklichung der Willkür für und Tor öffnen würde, so daß von einem geregelten Arbeitsverhältnis überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verhandlungskommission jede Verschlechterung der Bestimmungen des bisherigen Tarifvertrages ablehnen müsse. Zum andern soll sie dafür Sorge tragen, daß Hameln in eine höhere Lohnklasse eingereiht wird. — Zur Teilnahme an einem Betriebsrätekurium meldeten sich mehrere Kollegen.

Stralsund. Zur Feier der 25jährigen Zugehörigkeit des zweiten Vorsitzenden, Kollegen Ernst Jänike, zum Verbande veranstaltete die Filiale am 4. Dezember unter Teilnahme der Mitglieder und deren Angehörigen einen feierlichen Festabend. In einer ehrenden Ansprache hob der Filialvorsitzende die Verdienste des Jubilars und all der Vorkämpfer für unsern Verband hervor, die in reiflicher Hinsicht und nicht selten unter persönlicher Aufopferung das feste Fundament geschaffen haben, auf dem unser Verband seine heutige Macht und Stärke aufbauen konnte. In dankbarer Anerkennung wurde dem Kollegen Jänike die Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft und eine Ehrengabe der Filiale mit den besten Glückwünschen überreicht. Musikalische Darbietungen unserer Kollegenkapelle, ernste und heitere Vorträge vervollständigten die Feier, zu deren Schluß noch die Aufforderung an alle Teilnehmer erging, einig und geschlossen, mit zähem Willen zu einem festen Damm zusammenzustehen. Wie in frohen Stunden, so auch in ersten Kämpfen zum Wohle der Gesamtheit.

Sozialpolitisches.

Für die Erstattung von Lohnsteuer aus dem Jahre 1924 läuft die Antragsfrist am 31. Dezember ab. Durch die Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen: erstens bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit usw., und zweitens bei dem Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflichtigen (Krankheit, Unglücksfall und dergleichen). Danach besteht in allen Fällen, in denen der steuerfreie Betrag nicht in voller Höhe gutgebracht ist, ein Recht auf Rückerstattung der zuviel abgezogenen Lohnsteuer. Dieser Anspruch besteht ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes und der bestehenden sonstigen Einkommen. Ursprünglich sollte die Frist zur Uebermittlung solcher Anträge an das Finanzamt am 31. Juli ablaufen. In dem Einkommensteuergesetz, das der Reichstag jetzt verabschiedet hat, ist aber auf Antrag der Sozialdemokratie die Frist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden. Es ist also hinreichend Zeit gelassen, damit die Gewerkschaften und Betriebsräte die Anträge und erforderlichen Unterlagen sammeln und gemeinsam an das Finanzamt einreichen können. Es liegt im dringenden Interesse aller Lohnsteuerpflichtigen, daß von der Möglichkeit zur Erstattung von zuviel gezahlten Lohnsteuerbeträgen weitestgehender Gebrauch gemacht wird.

Es empfiehlt sich, diese Anträge etwa in der Form zu stellen, die das nachfolgende Formular enthält, das von verschiedenen Finanzämtern für solche Zwecke ausgegeben worden ist:

An das Finanzamt in _____ Auf Grund des § 10 des Steuerüberleitungs-gesetzes vom 29. Mai 1925 beantrage ich eine Erstattung von Einkommensteuern für das Kalenderjahr 1924. Familienstand: verheiratet — ledig — veritwet — Kinder ohne eigenen Erwerb: _____ Folgende Angehörige werden vom Antragsteller ohne ausreichende Mittel unterhalten: _____ Der Verdienst im Jahre 1924 wurde geschmälert durch Krankheit, Invalidität, Unglücksfälle welcher Art? _____ Höhe der dadurch entstandenen Ausgaben oder Ausfälle: _____

Ist der Antragsteller dauernd erwerbsvermindert durch Kriegsbeschädigung, Invalidität oder Unfall? _____ Im Jahre 1924 erwerbslos gewesen vom _____ Beschäftigt gewesen

Table with 5 columns: von bis, bei welchem Arbeitgeber, Verdienst in dieser Zeit, Einbehaltenen Steuerbetrag in dieser Zeit, Bemerkungen

Insgesamt 1924 _____ Unterschrift: _____ Wohnung, Wohnort: _____

überlich durch die Farbe kenntlich zu machen und werbend zu wirken. Gesellschaftswagen und Omnibusse zeigten sehr gute Innenausstattungen und in ihrer äußeren Lackierung ihr reich abgestimmte Lüne. Erwähnt sei ein Dürtopp-Omnibus, dessen ganze Karosserie rotbraun, Führersitz, Haube, Kniegel, Schutzbleche, Räder und Galerie aber elfenbein lackiert waren, und der zu den schönsten Stücken der Ausstellung zählte.

Die Lackierungen der Motorräder und ihrer Beiwagen sind ruhiger und besser geworden. Der Farbenlackierwerk, der hier noch im Vorjahre herrschte, ist verschwunden, an seine Stelle ist die schwarze Lackierung getreten, mit einem oder zwei feinen, nebeneinanderlaufenden Strichen abgesetzt. Neben sehr guten findet man auch hier sehr minderwertige Arbeiten. Die Wanderer- und D-Mäder sind nicht nur in ansprechender Konstruktion, sondern auch in der Lackierung führend und bieten mit den großen Flächen ihrer Anhänger oder Beiwagen auch dem Lackierer gute Arbeitsmöglichkeiten.

Daß die Ausstellung auch die gesamte Zubringerindustrie umfaßte, das heißt alle Industriezweige, die irgendwelche Bestandteile der Automobile herstellen, und auch die Lackfabriken mit all ihren neuen Erzeugnissen an Polyzolladen und Nitrozellulosepräparaten vertreten waren, ist nur erwähnt und soll im nächsten „Lackierer“ eingehend erwähnt werden. Nicht unbeachtet aber soll die „Bestriebstechnische Ausstellung“ bleiben, die in Bildern und graphischen Darstellungen, in Transparenten und Vorführungsapparaten einen Einblick in das Wesen moderner Betriebsorganisation und Betriebsführung gaben und in der Psychotechnischen Abteilung alle Mittel und Apparate zeigte, die in den verschiedensten Industriezweigen zur Prüfung der Arbeitsbeignung Verwendung finden. Von besonderem Interesse war die Ausstellung der Reichsarbeitsverwaltung über Unfallverhütung und Gesundheitsschutz. In bildlichen Darstellungen wurden die Gefahren der Arbeit gezeigt, auch die Bleiweißgefahr fand dabei Beachtung. Eine andere Reihe zeigte in drastischen Bildern, welchen Weg Jugend- und Frauenchutz zu gehen habe.

Die Automobilausstellung mit ihren Nebenveranstaltungen als Ganzes betrachtet, gab ein vollständig abgerundetes Bild und ließ erkennen, daß bei gleichbleibender Entwicklung die deutsche Automobilindustrie sich in einigen Jahren der ausländischen an die Seite stellen kann. Wenn der Fortschritt vor allem auf dem Gebiete des Nutzkraftwagens liegt, so ist dies volkwirtschaftlich nur von Nutzen und sollte gerade nach dieser Richtung besonders gefördert werden. Not tut der gesamten Automobilindustrie die Konzentration auf bestimmte Typen. Auf der vorjährigen Ausstellung waren 86 Firmen mit 146 Modellen vertreten, in diesem Jahre sind es nur noch 52 Firmen mit 79 Modellen. Die Gesamtproduktion betrug im Vorjahre nur 30 000 Wagen und ist in diesem Jahre auf rund 100 000 Wagen gestiegen, ohne damit den tatsächlichen Bedarf befriedigen zu können. Wenn trotzdem eine Krise in der Automobilindustrie besteht, so liegt das an den hohen Preisen, die den Verbrauchern die Anschaffung eines Wagens unmöglich machen und so das Bild einer Ueberproduktion geben.

Gleichzeitig mit der deutschen Automobilausstellung hatten die Vertreter ausländischer Automobilfirmen eine besondere Internationale Automobilausstellung veranstaltet, auf der aber die Fabrikate der auf dem Weltmarkt führenden Firmen, wie Ford, Fisher, Oakland oder die italienischen Fiat-Werke nicht vertreten waren und dadurch der ganzen Ausstellung den Charakter eines Provisoriums oder einer verpufften Demonstrations-Ausstellung gaben. Im Interesse der Entwicklung der deutschen Automobiltechnik ist dies gewiß zu bedauern; denn selbst diese Rumpfausstellung ließ besonders auf dem Gebiete des Personenautos erkennen, daß es noch gewaltiger Anstrengungen bedarf, um den Vorprung des Auslandes einzuhaken. Die Bedeutung des Automobils für die deutsche Wirtschaft ist ja groß, daß die Wahrung der besonderen Interessen einzelner Berufsgruppen nur zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung ausschlagen würde. Diese Interessen werden zurückgestellt werden müssen, um durch einträchtiges Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Faktoren die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Gewerkschaftliches.

Achtstundentag und Washingtoner Abkommen. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages wird von allen großen Industriestaaten immer wieder hinausgeschoben. Dabei beruft sich einer auf den anderen und — alles bleibt beim alten. Einige Kleinstaaten haben eine wohlwollendere Haltung eingenommen. So hat der belgische Arbeitsminister dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den das Abkommen ratifiziert werden soll. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das gute Beispiel Belgiens anregend auf andere Industriestaaten wirken werde. Bei der Einstellung der Unternehmer ist eine vernünftige Einsicht vorläufig weder in Deutschland noch anderswo zu erwarten, ist doch das ganze Trachten auf eine Verlängerung der Arbeitszeit gerichtet und nur durch schwere Kämpfe ist es den Gewerkschaften gelungen, für eine Anzahl von Berufen den Achtstundentag wieder zurückzuerobieren. Der Kampf wird aber entschlossen bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden.

In allen Ländern ist eine umfassende Aktion zugunsten der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingeleitet worden. Es ist nun Sache der deutschen Arbeiterschaft, ihrer Tradition gemäß dem Vorgehen ihrer politischen Vertretung im Reichstag durch außerparlamentarische Mittel Geltung zu verschaffen. Sie selber muß ihrem Willen klar und zweifelstfrei dahin Ausdruck geben, daß es ihr ernst ist mit der Forderung, den Achtstundentag voll und ohne Verkäuflichkeit gesetzlich festzulegen. Zum Ausbau der Sozialgesetzgebung gehört auch die Sicherung der Arbeitszeit. Nicht nur wegen der von Tag zu Tag zunehmenden Arbeitslosigkeit muß die Dringlichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit betont werden. Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages ist eine alte Kulturforderung von internationaler Bedeutung für die Arbeiterklasse. Sie muß verwirklicht werden, um den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Deshalb ist es Pflicht unserer Kollegen, an allen Veranstaltungen teilzunehmen, die diesem Zwecke dienen sollen: Für den uneingeschränkten Achtstundentag!

Der Anschluß der Glasarbeiter an den Fabrikarbeiterverband ist das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen den Verbänden der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter einerseits und dem Baugewerksbund beziehungsweise dem Fabrikarbeiterverband andererseits. Nachdem sich die Glasarbeiter im vergangenen Frühjahr für den Anschluß an den Baugewerksbund entschieden hatten, war der Anschluß von diesem bis nach der Entscheidung über die Organisationsfrage durch den Breslauer Gewerkschaftskongreß zurückgestellt worden. Die Porzellanarbeiter forderten die Schaffung eines selbständigen Keramikarbeiterverbandes, der bei dem Zusammenschluß aller einschlägigen Berufe mit weit über 100 000 Mitgliedern, die jetzt in 4 Verbänden zerstückelt sind, durchaus lebensfähig sein könnte; eventuell wären sie auch zum Anschluß an den Fabrikarbeiterverband bereit, wenn der neu zu schaffenden Organisation ein weites Maß von Eigenleben zugesichert werde. Der Ungewißheit hat nun eine am 29. und 30. November in Jena tagende Beiratsitzung des Glasarbeiterverbandes ein Ende gemacht, indem sie einer Entscheidung zustimmte, die als wesentlichstes die Bestimmung enthält, den Hauptvorstand zu beauftragen, die Verhandlungen mit den Verbänden der Fabrikarbeiter und Porzellaner zur Schaffung eines keramischen Verbandes als Gruppe im Fabrikarbeiterverband tatkräftig fortzuführen und so weit zum Abschluß zu bringen, daß durch Abstimmung auf dem bald einzuberufenden Verbandstage der Uebertritt in den keramischen Verband beschlossen werden kann, sofern die Uebertrittsbedingungen genügen. Es wird weiter gesagt, daß die Verhandlungen auch mit dem Fabrikarbeiterverband allein weitergeführt werden sollen, wenn bis dahin eine gemeinsame Plattform mit dem Baugewerksbund nicht hergestellt werden könne. Vom Baugewerksbund kommt bei der Schaffung eines Keramikarbeiterverbandes die Fachgruppe der Töpfer in Betracht. Nach dem „Grundstein“ bleibt die Entscheidung in dieser Frage der Fachgruppe überlassen, die in einem späteren Stadium Stellung dazu nehmen soll. — Das abgeänderte Resultat in dem neuen Beschluß des Glasarbeiterverbandes zeigt, daß die Anschlußfrage reichlicher Ueberlegung bedarf, um so mehr, wenn man als einzig zulässigen Grund das Interesse der Mitglieder gelten läßt

Die Erhöhung des Aktienkapitals der Arbeiterbank von 750 000 auf 4 Millionen Mark hat eine Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., in Berlin einstimmig beschlossen. Die neuen Aktien werden von den bisherigen Aktionären, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sowie von den vielen Spitzenorganisationen angeschlossenen einzelnen Gewerkschaften übernommen; außerdem hat sich die Konzentration A.-G., Berlin, und der Hauptverband deutscher Arbeitervereine e. V., Charlottenburg, beteiligt. Die behauptete Kapitalerhöhung wird noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Aus dem Bericht der Verwaltung ergab sich, daß die Entwicklung der Bank in dem bisher abgelaufenen Teil des Geschäftsjahres 1925 günstig war, so daß eine angemessene Dividende zu erwarten steht. Neu eingerichtet hat die Bank im September dieses Jahres eine Filiale in Hamburg, Fejenbinderhof 37/39, die bisher auch einen erfreulichen Entwicklungsgang genommen hat. Ferner ist eine Sparkasse eingerichtet worden, an der sich die meisten Gewerkschaften und Arten örtliche Stellen durch tätige Mithilfe beteiligen. Bei aller dem Verständnis in gewerkschaftlichen Kreisen erhebt sich der Arbeiterbank ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten, um so mehr, wenn die erwerbstätigen Bevölkerungszahlen ihre Spargroschen mehr als bisher den eigenen Institutionen zuführen. Zu diesem Zwecke werden Sparkonten eingerichtet und Sparanleihen im Werte von 1, 1 und 2 A. ausgeben, die auch durch die Ortsausschüsse und Ortsvereinigungen vermittelt werden. Sobald der Gesamtbetrag

der eingeklebten Marken 10 A erreicht hat, kann die Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Rückzahlungen erfolgen an den Kassen der Geschäftsstellen, ferner leisten auch die Ortsausschüsse und örtlichen Verwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungskarte vorgelegt werden. Die Ortsausschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftskollegen zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargroschen der Arbeitnehmerschaft in die Sparkasse der Arbeiterbank fließen. Ein Gewerkschaftskollege muß den anderen auf die Arbeitersparkasse aufmerksam machen. Jeder Ortsausschuß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbeden für die Arbeitersparkasse werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeiterspargroschen nichts, zusammengefaßt und gesammelt sind auch sie eine Macht.

Fachtechnisches.

Holz- und Marmorarbeiten. Trotz der schroffen Ablehnung jeder Art von „Imitationen“ in unserm Gewerbe durch Architekten und andere „Berufene“, war bisher weder die Holz- und Marmorarbeiten noch die Damast- und sonstige Stoffimitation ganz tot zu kriegen. Ohne einer künstlichen Wiederbelebung das Wort zu reden, darf man aber doch sagen, daß es nicht unberechtigt erscheint, wenn Jahr für Jahr Fachkurse eingerichtet werden, um diese schöne kunstgewerbliche Technik bei unserm beruflichen Nachwuchs nicht ganz in Vergessenheit geraten zu lassen. Es ist erfahrungsgemäß später immer ungemein schwer, eine einmal verlorengegangene Arbeitsweise wieder kennen zu lernen. Bei Holz- und Marmorarbeiten handelt es sich doch nur ausnahmsweise darum, eine Vortäuschung echten Edelholzes

In diesem Jahre ist die

53. Beitragswoche

zu kleben. Bücher, in denen dieser Beitrag fehlt, gehen zur Regelung an die betreffende Filiale zurück.

oder wirklichen Marmors zu erzielen. Meist veranlaßt die schöne Belebung der Fläche und der warme, angenehme Farbenton den Auftraggeber, einer gewissen Holzart den Vorzug zu geben. Im Gegensatz zum weißen Anstrich, der meist recht fast wirkt, wenn er nicht kräftig auf Eisenbeintönung gebrochen ist, erzielt man mit der Maserung, ist sie nur einigermaßen als Qualitätsarbeit anzupreisen und im Tone gut getroffen, immer eine wohlthuende Gesamteinstimmung mit der Wandbelegung, sei sie hell oder dunkel, Malerei, Tapete oder ausnahmslos vornehme echte Stoffbelegung. Es soll zugegeben werden, daß beispielsweise mit der Liefersporung, aber auch ohne diese, eine Täuschung erreicht werden kann und auch wohl mal beabsichtigt wird, ist es doch das höchste Lob des Holzmalers, wenn seiner Arbeit Naturtreue nachgerühmt werden kann. Dazu gehört aber eine große Geschicklichkeit und völlige Beherrschung der Eigenarten jedes Holzes und genaue Beachtung der häuslichen Konstruktion des zu bemalenden Gegenstandes. Dann kann aber jeder Beschauer seine Freude an der Liebe und Kunstfertigkeit haben, mit der eine solche Arbeit hergestellt ist. Bei Möbeln mag eine andere Einstellung Platz greifen; hier kommt meist die Zweckmäßigkeit in Frage. Wo ein liebgewonnenes Möbelstück naturgetreu maseriert werden soll, um mit einer neuen Einrichtung ein einheitliches Ganzes zu bilden, ist gegen diesen harmlosen Täuschungsversuch sicher nichts einzuwenden.

Unbestritten können dieselben Wirkungen mit farbigen Anstrichen erzielt oder noch übertroffen werden. Auch ist es, von unserm Berufsinteresse aus gesehen, kein Fehler, daß sich die Menschen bestimmten Farbzusammensetzungen gegenüber passiv verhalten. Den natürlichen und daher gewissermaßen neutralen Farbenton des Holzes sieht man sich nicht so leicht „über“. Man sollte aber besonders als Praktiker nicht allzu streng über Holzimitation wettern, wird doch nicht selten durch andere Mittel „imitiert“, eine nicht weniger große Täuschung beabsichtigt und vielfach gerade von den Herren Architekten bevorzugt. Es sei nur an die künstliche Patina bei („unechter“) Vergoldung und bei Weißlackarbeiten erinnert, die den Schein eines von ehrwürdigem Alter herührenden „Edelrostes“ erwecken soll, ohne daß andere Spuren jahrelanger Gebrauches sichtbar sein dürfen.

Was von der Holzmalerei gesagt ist, mag sinngemäß auch für Marmorimitation gelten. Auch diese dient meist nur den Zwecken einer gefälligen farbigen Wandbelegung, mit der sich aparte Wirkungen erzielen lassen, ohne auch nur die Absicht einer Vortäuschung echten Materials zu haben. Eher könnte das dem „Studolustro“ nachgerühmt werden, der allerdings nicht vom Maler angefertigt wird.

Vorbedingung muß natürlich sein, daß derartige Arbeiten nicht an ungewöhnlichen Objekten ausgeführt werden. Es ist Anfaß, eine eiserne Tür oder dergleichen, an der die Konstruktion unzweifelhaft auf Metall hinweist, und an der eine Anzahl Nieten sichtbar sind, zu maserieren. Derartige Geschmackslosigkeiten zu vermeiden, gehört zum guten Ton des gewerblich vorgebildeten Fachmannes.

Im übrigen ist auch der Geschmack stark dem Wandel der Zeiten und der Mode unterworfen. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß man in absehbarer Zeit wieder müder über „Imitationen“ denkt. Zur sachgemäßen Ausführung von Holz- und Marmorarbeiten gehören ziemlich gute Vorkenntnisse und viel Übung. Wer seinen Beruf als Maler beherrschen will, soll imstande sein, im Bedarfsfalle einige der gebräuchlichsten Holzarten (Eiche, Kirschbaum usw.) sauber zu beherrschen. Lasse sich deshalb niemand durch die gegenwärtig herrschende Abneigung davon abhalten, sich neben den notwendigen Fähigkeiten der Dekorationsmalerei freies Arbeiten aus dem Handgelenk, auch die Vorkenntnisse und technischen Handgriffe für Holz- und Marmorarbeiten

anzueignen. Wer es auf die eine oder andere Art Künstler bringen will, muß in jedem Falle mit eines solchen Dosis von Talent begnadet sein.

Literarisches.

Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Geisteslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Das 2. Heft (November) des neuen Jahrganges bringt eine Reihe von gesellschaftswissenschaftlichen, ferner literarischen Beiträgen aus den verschiedensten Wissensgebieten. Die Beiträge sind die Aufgabe Garbe's verbolständig dieses das wieder nach Inhalt und Gruppierung ein Beweis für Notwendigkeit dieser Bildungs- und Kulturzeitschrift. Die Zeitschrift niemand, sich den Bezug zu sichern! Der Beginn 2. Jahrganges ist für Neuanmeldungen, die an unsere Buchhandlung zu richten sind, ein besonders günstiger Zeitpunkt.

Volk von morgen. Der Hamburger Arbeiterjugendtag der deutschen Arbeiterjugend selbst erzählt. Illustriert, 112 S., Preis 2 A. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Allianceplatz 8. Die deutsche Presse ihre Aufgabe ernst nimmt, hat sie selber ausführlich über die impotente Tagung der Deutschen Arbeiterjugend berichtet. Einbild in die Liebe und Begelung von 20 000 jungen Menschen gewinnt man aber erst, wenn man diesem Buch die in freier Erinnerung von der Jugend verfaßten Schilderungen verfolgt, die in Verboten, Scham und Lüge und Tagesanhebungen niedergeschrieben und durch reiche Illustrationen festgehalten sind. Hier sieht man die als die kommende Generation, die mit eigenem Lebensgefühl Chaos der heutigen Zeit, als „Volk von morgen“, tragbar bröckelnder Harmonie gefaßt wird. Das „Volk von morgen“ ist ein richtiges Jugend- und Weihnachtsbuch. Wer der Jugend eine Weihnachtsstunde bereiten will, der sollte ihr vor dem 24. und vergesse besonders dieses nicht. Weder es die Jugend auch gegenföchtig werden, und wenn es auf diese auch in die Hände jener lebendigen Jugend kommt, die zum Arbeiterlager gehört oder in behäuflicher Verbundenheit zu der nationalen Richtung gezogen fühlt, so wird es doch Unentschlossenen zeigen, wo ihr „Volk von morgen“ steht.

Taschenkalender 1926 für die arbeitende Jugend. 80 S., Preis 70 S. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Allianceplatz 8. Der kleine Kalender ist bequem in der Tasche zu tragen, in Ganzstein gebunden und zweifarbig gedruckt, bringt nur, was wirklich für einen Funktionärkalender, den ständig bei sich tragen soll, wichtig ist. Für jeden Kalendertag ein ausreichender Notraum vorgesehen. Angefügt ist übersichtlich derjenigen Organisationen, die für uns von Bedeutung sind. Wichtige Ratsschlüsse für Jugendfunktionäre, ein tariff, einige Notizen, ein Gedicht und ein Leitwort ergaben den Inhalt der schönen Drucksache.

Der kleine Brochhaus, Handbuch des Wissens. einem Band. Im vornehmen Halbleinband für oder in 10 Heften zum Preise von je 2.10 A. in vierbändiger Ableserungen von dem bekannten Leipziger Verleger Brochhaus zu beziehen. Man kann sich diese selbst die lassen und bestat dann ein Nachschlagewerk, das für die Schaffende wie für praktische Arbeit ebenso unentbehrlich ist, dem Mann als Auskunftsbuch, der Frau als häuslicher und literarischer Ratgeber, dem Schüler als Rechenbuch dient. Dem Zweck sind auch die Tausende von kleinen, musterhaft angeordneten Abbildungen und Karten bestimmt, die den reichen wirksam unterstützen. Der kleine Brochhaus ist das Haus-Nachschlagewerk für jedermann, das — in einem einzigen Bände geordnet — Fremdbücher, Ortslexikon, Auskunfts- und berühmte Persönlichkeiten, Ratgeber auf allen Wissensgebieten, das die Vergangenheit ebenso herkömmlich wie die neuesten schenkt — die Ergebnisse von 1925 sind bereits in ihm vorhanden — mit einem Wort: In seiner Güte und Billigkeit, in der Vielseitigkeit und Unparteilichkeit steht der kleine Brochhaus dem Gebiete der Handlexika einzig da!

Genff-Georgi: Das lustige Vortragsbuch. 320 S. Vierfarbentafelbild von Koch, Gotha. Preis gebunden 4.75. Mar Hesse's Verlag, Berlin W. 15. Wer sich einige Stunden heiteren Genusses verschaffen oder wer in Gesellschaft etwas tragen will, der greife nach dieser tausendfach erprobten, fröhlichen und geistreichen, die sich insolge ihrer geistreichen Ausstattung besonders als Weihnachtsbescherung eignet.

Ernst Brezang: Der leuchtende Baum. (Verlag Buchergilde Gutenberg, Leipzig, Salomonstr. 8.) Immer wieder schließt die Phantasie Brezangs aus und brauchen, neuen Quellen des Erlebens; ob er uns an das in die Selbsteinsamkeit, in die Großstadt oder auf die Sanddünen führt, immer wieder verführen wir das höhere Einfühlungsvermögen, das dem Herzschlag der Erde und dem Wellenrhythmus menschlichen Schicksals lauscht. Was dankbarer Freude in daher jeder zu dem Buch greifen, das, von der feineren Künstlerhand Herbert Hauschild's illustriert, auch in einem kunstgeschmackvollen Gewande erscheint.

Moriz Hartmann: Der Krieg um den Wald. (Verlag Buchergilde Gutenberg, Leipzig, Salomonstr. 8.) Gerade zur rechten Zeit, inmitten der Jahrbuchveröffentlichung zur Erinnerung an den großen deutschen Bauernkrieg von 1525 erscheint dieses Buch des achtundvierzigjährigen Moriz Hartmann, zur Freude aller, die in revolutionären Ereignissen den Geist der Freiheit und des Fortschritts empfinden. Der Streit zweier böhmischer Fürsten um den meldewald entfacht einen blutigen Krieg, in dem sich die Bauern in Erörterung und Empörung selbst vernichten, weil sie noch untreu sind für die Erkenntnis, daß man zusammenhalten muß in so rechtloser Zeit, um sich selbst zu verschaffen. Die Arbeiter und Bauern von heute stehen in einem „Krieg um den Wald“, und das ist der Kampf um ihre Befreiung. Die Historie Moriz Hartmanns, mehr als ein unterhaltender Roman ist wohl angetan, Kampfbildern, klare Entscheidung und gläubige Zuversicht in uns zu schüren.

Dom 13. bis 19. Dezember ist die 51. Beitragswoche
Dom 20. bis 26. Dezember ist die 52. Beitragswoche

Sterbetafel.

Chemnitz. Am 5. Dezember starb unser langjähriges und treues Mitglied Anton Engelhardt, geboren in Kulmbach, im Alter von 50 Jahren.

Essen. Am 3. Dezember starb im Alter von 39 Jahren unser treues Mitglied Heinrich Strunk.

Nordhausen. Am 1. November starb unser treuer Kollege Karl Schäfer im Alter von 55 Jahren an Nierenentzündung.

Chre threm Andenten!

Abendkurse

für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonntag erteilt
Friedr. Popp, Hamburger-Cyperdorf,
Regelsdorfstraße 27, Hochparl.

Nr. 53 des „Maler“ erscheint wegen des Weihnachtsfestes am 31. Dezember